

2349/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.04.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit
und Generationen
betreffend UKH Linz

Die unfallchirurgische Versorgung im Großraum Linz ist ohne neues Unfallkrankenhaus nicht gesichert. Im Unfallkrankenhaus Linz wurden im Vorjahr rund 45 000 Verletzte behandelt. Das UKH ist ein unfallchirurgisches Kompetenzzentrum für ganz Oberösterreich. Es erbringt fachlich höchstqualifizierte Leistungen und ist darüber hinaus Partner für die Unfallabteilungen anderer Krankenhäuser in medizinisch schwierigen Fällen. Diese besondere Qualität des UKH hat unter anderem auch die - mit durchschnittlich 7,3 Tagen - relativ kurze Verweildauer von stationären Patienten ermöglicht. Es besteht allgemeines Einverständnis darüber, dass das Gebäude des derzeitigen UKH - Linz in keiner Weise mehr zeitgemäß und mittelfristig der weitere Betrieb ohne große bauliche Investitionen nicht mehr möglich ist. Die Ärzte, Schwestern und das gesamte Krankenhauspersonal leisten täglich enorm viel bei der Behandlung von Schwerstverletzten, wie zum Beispiel nach Brandunfällen oder wenn es gilt, abgetrennte Gliedmaßen in stundenlangen Operationen wieder herzustellen.

Bis vor kurzem stand fest, dass neben dem Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Linz ein neues UKH gebaut wird. Der Zustand des alten UKH und der Einrichtung entspricht schon längst nicht mehr den Ansprüchen. Durch die Nähe zur stark frequentierten Westbahn, sowie des Verkehrsknotens am Blumauerplatz ist ein entsprechender Geräuschpegel gegeben, welcher vor allem von den Patienten ein hohes Maß an Toleranz abverlangt. Der vorgesehene Standort für den Neubau des UKH - Linz ist außerdem aufgrund der medizinischen Kooperationsmöglichkeiten mit dem AKH - Linz optimal. Durch Synergieeffekte könnte eine verbesserte wirtschaftliche Nutzung von Einrichtungen wie unter anderem der Apotheke, von diagnostischen Maßnahmen (z.B.: Laboruntersuchungen), der Physio - und Ergotherapie, der Großküche, etc. erfolgen.

Bis jetzt hat der Bund immer nur grundsätzliches Einverständnis für einen Neubau des UKH signalisiert. Es sind jedoch keine verbindlichen Beschlüsse gefasst worden. Die Praxis der Regierung, dass zur Budgetsanierung zweckgebundene Gelder völlig widmungsfremd verwendet werden, sorgt für Unsicherheit bei der AUVA. Durch solche Maßnahmen wird der Neubau des Linzer Unfallkrankenhauses in Frage gestellt.

Es ist immer noch ungewiss, wann tatsächlich der Baubeginn erfolgt. Die Bevölkerung von Oberösterreich hat kein Verständnis mehr dafür, wenn hier Bremser am Werk sind, obwohl die Unfallversicherung Zahler für den Spitalsneubau ist. Es muss endlich alles getan werden, um den Neubau des bereits seit langem geplanten und dringend notwendigen Unfallkrankenhauses zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nachstehende

A N F R A G E

1. Was sind die konkreten Ursachen für die weiteren Verzögerungen betreffend dem Neubau des UKH - Linz?
2. Welche Probleme gibt es noch bei der Finanzierbarkeit des Neubaus des UKH - Linz?
3. Sind noch legistische Maßnahmen erforderlich, um mit dem Bau des UKH - Linz beginnen zu können? Wenn ja, welche?
4. Welcher Bericht der EU ist noch ausständig und ab wann liegt der Bericht vor?
5. Wie hoch sind die konkreten finanziellen Einsparungen, die sich aufgrund der Synergien von AKH und UKH - Linz bei einem Neubau des UKH neben dem AKH ergeben würden?